Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 82. **Mittwoch** den 23. März 1881. **75. Jahrgang.**

Bestellungen auf das zweite Quartal 1881 des

Leipziger Tageblattes

(Auflage 16,600)

wolle man möglichst bald an die unterzeichnete Expedition, Johannesgasse Nr. 33, gelangen lassen. Außerdem werden von sämmtlichen hiesigen **Zeitungsspediteuren** Bestellungen auf das Tageblatt angenommen und ausgeführt. Auswärtige Abonnenten müssen sich an das ihnen zunächst gelegene Postamt wenden.

Der Abonnementspreis beträgt
pro Quartal 4 Mark 50 Pfennige,
inclusive Bringerlohn 5 Mark,
durch die Post bezogen 6 Mark.

Für eine Extrabeilage sind **ohne** Postbeförderung 39 Mark, **mit** Postbeförderung 48 Mark Beilegegebühren unter Vorausbezahlung zu vergüten.

Preis der Insertionsgebühren für die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfennige, für Reclamen aus Petitschrift unter dem Redactionsstrich 50 Pfennige. Größere Schriften werden, gering abweichend von dieser Norm, nach unserm Preisverzeichniß berechnet, wogegen bei tabellarischem und Ziffer-Satz Berechnung nach höherem Tarif eintritt. Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

Das Tageblatt wird früh 6½ Uhr ausgegeben und enthält die bis zum vorhergehenden Abend eingelaufenen wichtigsten politischen und Börsen-Nachrichten in telegraphischen Original-Depeschen. Mit seiner „Volkswirthschaftlichen Beilage“ bildet es zugleich das größte Handels- und Börsenblatt Sachsens. Es bringt namentlich auch sämmtliche wichtige deutsche und überseeische Handelsberichte. Außerdem erscheinen im Leipziger Tageblatt die vollständigen **Gewinnlisten** aller Classen der **Königlich Sächsischen Landes-Lotterie** und die Nummer-Verzeichnisse der ausgeloosten **Königlich Sächsischen Staatsschuldscheine.**

Leipzig, im März 1881.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die während des Winters außer Betrieb gesetzte **Feuermeldestelle auf dem Fleischerplatze** vor dem im Bau begriffenen Feuerwehrdepot ist wieder eröffnet worden.

Leipzig, am 22. März 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Das Ausheben der Schnee- und Märzglöckchen mit deren Zwiebeln und Wurzeln aus den städtischen Waldungen wird hiermit bei einer **Geldstrafe bis** [illegible] **Mark** oder entsprechender **Haftstrafe** untersagt.

Gleichzeitig bringen wir das Verbot des Betretens der städtischen Waldungen außerhalb der gebahnten Wege in Erinnerung, verweisen in dieser Beziehung auf die angebrachten Plakate und bemerken, daß das Aufsichtspersonal angewiesen ist, auf strenge Durchführung der beiden vorstehenden Verbote zu achten.

Leipzig, den 11. März 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Wegen Reinigung der Locale bleiben die Geschäfte des Leihhauses und der Sparcasse für

Freitag den 25. März a. c.

ausgesetzt und können die für diesen Tag bei der Sparcasse gekündigten Beträge schon Donnerstag den 24. d. Mts. in Empfang genommen werden.

Leipzig, den 22. März 1881.

Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

Der im Georgenhaus detinirt gewesene Bäcker Friedrich Wilhelm Felix **Clauß**, geboren am 14. April 1862 zu Leipzig, kehrte von dem ihm am 9. März 1881 gestatteten Ausgange nach Arbeit und Unterkommen nicht wieder zurück.

Wir ersuchen alle Behörden, **vo. Clauß** im Betretungsfalle fest zu nehmen und uns darüber schleunigst Nachricht zu geben.

Leipzig, den 21. März 1881.

Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder.

Verpachtungsanzeige.

Freitag am 25. März c. Nachmittags 3 Uhr sollen in der Restauration zur goldenen Kugel in Neustadt bei Leipzig zwei südlich der neuen Leipzig-Dresdner Hauptgleise und zwischen dem Volkmarsdorfer Kirchwege resp. dem Kohlwege belegene Parcellen von je 23,300 Qu.-Mtr. Inhalt zur Ablagerung von Baumaterial, als Gewerbs- oder als Trockenplätze, unter zuvor bekannt gegebenen Bedingungen verpachtet werden.

Bedingungen und Situationspläne sind einzusehen beim

Königl. Abtheilungs-Ingenieur-Bureau Leipzig II.

Auction.

Nächsten Donnerstag, den 24. März a. c., von früh 9 Uhr an, sollen an dem Garnison-Lazareth bei Gohlis verschiedene, beim Abbruch der Baracken gewonnene Baumaterialien, als: eiserne Füllöfen, Gasrohre mit Leuchter, Eisenrohre u. dergl., sowie eine Anzahl hölzerne Bettstellen an den Meistbietenden verkauft werden.

Leipzig, am 21. März 1881.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 23. März.

Der russische Thronwechsel hat eine gewisse Kriegsfurcht in Deutschland hervorgerufen, um so mehr, als unser Reichskanzler schon seit längerer Zeit, um die Interessen Oesterreichs im Oriente zu schützen, eine antirussische Politik befolgt hatte. Man wird gut thun, diese Besorgniß vor einer bevorstehenden Gefährdung des Friedens durch den neuen Zaren fallen zu lassen. Es war allgemein bekannt und ist gerade in den letzten Jahren oft genug Gegenstand der Besprechung gewesen, daß namentlich in Beziehung auf die äußere Politik des Zarenreichs die Meinungen des ermordeten Monarchen und des jetzt auf den Thron gelangten ernsthaft auseinander gingen, und man konnte wohl daran denken, daß nun der neue Herrscher die seinigen zur Ausführung bringen werde. Der erste Ruf, der sich in Deutschland, welchem im Gegensatz zu Kaiser Alexander II. der jetzt regierende Zar entschieden feindlich gesinnt sein sollte, erhob, nachdem die ersten Empfindungen des Schrecks und der Entrüstung über die Mordthat ausgedrückt waren, entsprang denn auch der beängstigenden Erwartung feindlicher Verwickelungen mit Rußland.

Man konnte es zwischen den Zeilen der Leitartikel, welche dem traurigen Ende Alexander's II. gewidmet waren, herauslesen, man konnte es hören an allen Orten, wo darüber gesprochen wurde, daß nun der lange prophezeihte Krieg zwischen Rußland und Deutschland bevorstände. Ja, das Bündniß Frankreichs mit Rußland erschien schon wieder in nebelhaften Umrissen in der Presse, weil ein Gambettistisches Blatt, der „Voltaire“, in einem Nachrufe an den Ermordeten dessen Deutschenfreundschaft in Gegensatz zu der feindseligen Gesinnung des Thronfolgers gegen Deutschland gestellt hatte.

Mag sein, daß, wenn der jetzige Selbstherrscher aller Reußen frei handeln könnte, die guten Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg ein jähes Ende finden würden, und daß eine Politik der lebhaftesten diplomatischen und kriegerischen Action nach dem Süden und Westen von der russischen Regierung begonnen werden möchte. Allein Zar Alexander III. kann noch weniger frei handeln, als es in den letzten Jahren der verstorbene Zar vermochte. Die Erbschaft, die er überkommen hat, ist eine ungeheuer schwierige und verwickelte, und ehe sie regulirt sein wird, so daß die Hände des Zaren für eine energische äußere Politik frei würden, wird noch eine geraume Zeit vergehen.

Bei der Uebernahme des Regiments äußerte Alexander III zu dem ihn umgebenden Hofstaate: „Ich möchte nicht, daß mein Sohn unter den gleichen Umständen die Regierung anträte!“ In diesen Worten liegt unzweifelhaft der Wunsch und darum auch wohl die Absicht ausgesprochen, daß die fürchterlichen inneren Zerrüttungen des russischen Reiches, welche, — man verhehle sich das nur nicht — im Endresultat zu der wahnwitzigen Action des Nihilismus geführt haben, beseitigt und gesunde Zustände an die Stelle der krankhaften Verhältnisse des Volkes gesetzt werden. Es stimmt dies auch zusammen mit Dem, was bisher über die Anschauungen des Thronfolgers bezüglich der Reform des Zarenreiches verbreitet wurde. Der jetzige Zar galt von jeher als Haupt derjenigen Partei in Rußland, welche nach Herbeiführung civilisirter Staatsverhältnisse auf Grund einer mit dem Volke vereinbarten und von demselben controlirten Verfassung strebe. War dies richtig und hat der jetzige Kaiser noch die nämliche Gesinnung, wie der ehemalige Thronfolger, hatte jene citirte Aeußerung den ihr untergelegten Sinn, dann liegt eine lange und mühereiche Arbeit dem neuen Kaiser vor, die es ihm unmöglich machen wird, sich mehr als unumgänglich nöthig in äußere Verwickelungen zu stürzen.

Man bedenke nur, wie furchtbar tief die Corruption in alle Schichten des russischen Volkes gedrungen ist, und namentlich in die Kreise des Beamtenstandes, des Hofadels und des Militairs. Der Widerstand, der von diesen Seiten gegen die Einführung geordneter Rechtsverhältnisse geleistet werden wird, dürfte aller Voraussicht nach ein äußerst hartnäckiger und verzweifelter sein. Gilt es den adeligen und beamteten Willkürherrschern doch, sich die Möglichkeit der Beraubung des Volkes und der eigenen Bereicherung offen zu halten, welche die Umwandlung Rußlands in einen Rechtsstaat vernichten würde. Und dann, müssen nicht erst die gesammten socialen Verhältnisse in Rußland bis in die tiefsten Schichten des wirthschaftlichen Lebens des Volkes hinein verändert und gehoben werden, um jener Corruption den fruchtbaren Boden zu entreißen? Dies Alles möge man in Erwägung ziehen, ehe man an die Nähe eines russischen Angriffs glaubt.

Es ist unmöglich, daß man in Rußland so fort regieren könne, wie dies bis heute geschehen ist, und unmöglich ist es, daß ein Wandel des Regiments eintrete, ohne daß er die ganze Kraft der russischen Staatsmänner absorbire. — Und eben darum wäre zunächst ein Krieg von Rußland nicht zu fürchten, um so weniger, als Frankreich in diesem Augenblicke schwerlich geneigt sein möchte, sein Schicksal an das Schicksal Rußlands zu ketten, das, so lange nicht der ganze Staatsorganismus von Grund aus reformirt ist, auf einem allezeit ausbruchslustigen Vulcan ruht.

In der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung des Bundesraths wurde, nach einigen geschäftlichen Mittheilungen des Vorsitzenden, der Entwurf eines elsaß-lothringischen Gesetzes wegen Ausführung des Reichsgesetzes über die Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen in der von dem Landesausschusse beschlossenen Fassung genehmigt. Der Entwurf eines Regulativs betreffend die Gewährung der Zoll- und Steuervergütung für Tabak und Tabakfabrikate, sowie der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Oeffentlichkeit der Verhandlungen und die Geschäftssprache des Landesausschusses wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Ein zu dem Gesetzentwurf wegen Abänderung der Gewerbeordnung (Tanz-, Turn-, Schwimmlehrer, Rechtsconsulenten u. s. w.) gestellter Zusatzantrag Sachsens, welcher die obligatorische Einführung von Arbeitsbüchern und eine Ausdehnung der Zuständigkeit der gewerblichen Schiedsgerichte bezweckt, wurde dem mit jenem Gesetzentwurfe befaßten Ausschusse für Handel und Verkehr, ein Antrag Bremens betreffend die Tara bei der Verzollung von Tabak dem Ausschuß für Zoll- und Steuerwesen überwiesen. Nachdem sodann eine Eingabe wegen Gewährung von Unterstützung aus Anlaß des Krieges gegen Frankreich und eine fernere Eingabe betreffend die Zollbehandlung von Holzdübeln nach dem Antrage der berichtenden Ausschüsse ihre Erledigung gefunden hatten, erhielt der Antrag Oldenburgs betreffend die Ermächtigung des Hauptzollamts Brake zur Abfertigung von Zucker mit dem Anspruch auf Zoll- und Steuer-Rückvergütung die Zustimmung. Die Versammlung trat sodann in die Berathung des Gesetzentwurfs über die Bestrafung der Trunkenheit ein und ertheilte demselben in der von dem Ausschusse für Justizwesen vorgeschlagenen Fassung die Genehmigung.

Nicht nur ultramontane, sondern auch conservative Blätter begleiten die Petersburger Schandthat mit merkwürdigen Glossen. So schreibt — noch dazu in Fettschrift — der „Bairische Landbote“, das älteste Blatt Münchens, das sich selbst als deutsch-conservativ, antiultramontan, anti-semitisch und zünftlerisch nennt, folgenden unerhörten Satz: „Dies ist das traurige Ende eines Tyrannen, über dessen schuldbeladenem Haupte endlich die zahllosen Flüche seines Volkes und die Weherufe der in sibirischen Bergwerken dahinschmachtenden Unglücklichen geplatzt sind. Seine Regierung war Nichts als eine abscheuliche Corruption. Feig und verächtlich ist die Hand der Mörder, die sich am Zaren vergriff; aber Kaiser Alexander II. hat sich in den Augen der gebildeten Welt selbst um den Anspruch auf Mitleid gebracht. Er war ein eigensinniger Monarch, er war hartherzig, halsstarrig und oft ungerecht; so nahm er ein Ende mit Schrecken. Sein Loos war ein selbstverschuldetes.“ Die russischen Nihilisten werden sicherlich nicht verfehlen, dem deutsch-conservativen Blatte ob dieser Kundgebung Beifall zuzujauchzen. . . . .

Wir erfahren aus bester Quelle, daß die Rede des hamburgischen Senators Dr. Versmann, mit welcher er den Angapfungen des Herrn v. Treitschke im Reichstage begegnete, den Vorverhandlungen betreffs des Zollanschlusses Altonas ein jähes Ende gemacht hat, und daß der Reichskanzler nunmehr entschlossen ist, gegen die Hansestadt ohne alle weitere Rücksicht vorzugehen. Uebrigens waren die Verhandlungen schon vorher daran festgefahren, daß die Vertreter Hamburgs für die Anlagen, welche der Eintritt der Stadt in das Zollgebiet des Reichs nöthig machen würde, eine Entschädigung gefordert haben, welche nach der Ansicht des Fürsten Bismarck ungeheuer groß ist. Darüber, wie nun zunächst vorgegangen werden soll, giebt der Zwischenfall einen Fingerzeig, welcher sich gelegentlich des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern ergeben hat. Es wird dem Reichstage das Recht bestritten, über die Kosten des Zollanschlusses von Altona im Wege der Etatbewilligung zu befinden, um freie Hand zu behalten, diese Maßregel alsbald in Ausführung zu bringen, wenn der Reichstag wieder den Rücken gekehrt hat. Diesmal aber dürfte die Sache nicht hingehen, ohne daß mit einer ansehnlichen, vielleicht sehr starken Mehrheit des Reichstags die von den Abgg. Rickert und Karsten in der Budgetcommission angekündigte Resolution angenommen wird, welche jenes Vorgehen im Voraus als unzulässig bezeichnet. Damit wäre ein Conflict in aller Form zwischen der Regierung und der Mehrheit zum Ausbruch gekommen, der auf alle weiteren Verhandlungen höchst lähmend wirken müßte. Noch sucht man, wie wir hören, auf nationalliberaler Seite nach einer Vermittelung, für welche die Form indessen noch nicht gefunden ist. Denn die Sache läßt bei der Schroffheit der vom Schatzsecretair abgegebenen Erklärungen nicht leicht einen Ausgleich zu. Wenn indessen diese Bemühung, wie vorauszusehen, scheitert, so wird die ganze nationalliberale Fraction und wahrscheinlich selbst ein Theil der Reichspartei für die Rickert'sche Resolution oder doch für eine sachlich gleichwiegende Fassung stimmen. Auch das Centrum wird sich Dem nicht entziehen können. Selbst die Conservativen sehen sich außer Stande, die Anschauung der Reichsregierung sich anzueignen, wenn sie auch selbstverständlich einen Vorwand finden werden, nicht gerade gegen dieselbe zu stimmen. So ist es erklärlich, daß man heute in Abgeordnetenkreisen die Ansicht aussprechen hört, die Hamburger Frage werde, gleichwie im vorigen Jahre, auch diesmal das Ende der Reichstagssession, nur viel zeitiger herbeiführen.

In Bremen ist am 20. März, 79 Jahre alt, Senator Arnold Duckwitz, im Jahre 1848 deutscher Reichshandelsminister, gestorben. Der Verewigte besaß in schwerer Zeit den Muth und den Patriotismus, das Reichsministerium des Handels zu übernehmen und auszuharren auf diesem Posten, so lange noch irgend eine ersprießliche Thätigkeit möglich war. Die Schöpfung der ersten deutschen Flotte wird ihm unvergessen bleiben, wenn auch die Brutalität der nachfolgenden Reaction dieses Lieblingskind der Nation nur allzu eifrig unter den Trümmern des jungen Deutschen Reichs begrub. Unbeirrt durch die Mißerfolge und trotz derselben nicht verzweifelnd an dem Sterne seines Volkes, und nicht verwöhnt durch die inne gehabte glänzendere Stellung draußen, ist Duckwitz bereitwillig in den Dienst seiner Vaterstadt Bremen zurückgekehrt. Noch war ihm eine lange Thätigkeit in demselben beschieden, die vorzugsweise der Ausbildung der Häfen und anderen Schifffahrtsanlagen gewidmet blieb. Zweimal hat er während dieser Zeit die Bürgermeisterwürde bekleidet (1857 bis 1863 und 1866 bis 1869); auch auswärts hat er seinen Staat bei verschiedenen bedeutsamen Gelegenheiten, vor Allem auf dem deutschen Fürstentage (1863) vertreten. Gesundheitsrücksichten, die ihn schon früher eine Wiederwahl zum Bürgermeisteramte hatten ablehnen lassen, nöthigten ihn 1875, sein Senatoramt niederzulegen. Der Muße nach wiederhergestellter Gesundheit verdankt Deutschland noch die vollständige Ausarbeitung seiner „Denkwürdigkeiten“, die uns ein überaus interessantes lebensfrisches Bild von den Zuständen und der Entwickelung Bremens während der letzten fünf Decennien und von manchen bedeutsamen Ereignissen im Leben unseres Volkes, an welchen Duckwitz betheiligt war, hinterlassen haben.

Der unterbliebenen Beileidskundgebung im österreichischen und ungarischen Abgeordnetenhause ist in der That eine ganze Commentar-Literatur gefolgt, welche auf die österreichisch-ungarischen politisch-nationalen Verhältnisse und deren Widerspiegelung in den beiden Parlamenten ein überaus eigenthümliches Schlaglicht wirft. Was die Begründung der Ablehnung im ungarischen Abgeordnetenhause betrifft, so leistet ein hochofficiöser Artikel im „Hon“ geradezu Verblüffendes. Da wird unter Anderm wörtlich gesagt: „Wiewohl die Blutthat zweifellos in der Majorität des ungarischen Parlaments Entsetzen hervorgerufen und der politische Meuchelmord auch dort verdammt werde, hätte dennoch keine Macht der Welt es verhindern können, daß der Antrag einer Beileidsbezeugung eine eingehende Kritik der während der Regierungszeit des Zaren Alexander II. vollbrachten Handlungen veranlaßt hätte. Ob eine derartige Herausforderung solcher historischen Reminiscenzen im ungarischen Reichstage mit Rücksicht auf die Erhaltung des friedlichen Einvernehmens mit dem benachbarten Staate wünschenswerth gewesen sei, Das mögen Diejenigen beurtheilen, welche unsere politische Lage genügend kennen.“ — Es sei hier ausdrücklich bemerkt, daß diese Aeußerung des „Hon“ wörtlich wiedergegeben ist.

Die czechische Universitätsfrage in Prag droht abermals Verwickelungen herbeizuführen. Ein Wiener Telegramm der „Narodni Listy“ berichtet nämlich, eine ganze Reihe czechischer Abgeordneter sei entschlossen, gegen das Budget zu stimmen, falls die Regierung nicht entscheidende Schritte in der Universitätsfrage thue. Vorläufig soll im Verwaltungswege eine juristische und eine philosophische Facultät unter einem gemeinsamen Rector bis Ende Herbst errichtet werden.

Die Frage der Listenabstimmung hat in Frankreich eine Ministerkrisis herbeigeführt. In dem am Montag stattgefundenen Ministerrathe wurde über diese Angelegenheit noch kein Beschluß gefaßt. Die Minister sollten nochmals bei dem Cabinetschef Ferry zusammentreten, um ein Mittel ausfindig zu machen, eine Ministerkrisis zu vermeiden, oder doch wenigstens hinauszuschieben. Eine endgültige Entscheidung wird in einem neuen Ministerrathe getroffen werden, welcher am Dienstag im Elysee palaste unter dem Vorsitze des Präsidenten Grévy stattfinden sollte. Die Ansichten über die schließliche Lösung der Frage sind sehr widersprechend. Eine Correspondenz aus Paris schildert die Lage wie folgt: „Die Frage des Wahlverfahrens wird nicht mehr nach constitutioneller Ueberzeugung, sondern als Machtfrage behandelt. Zunächst sind die Minister selbst nicht einig, und Const[illegible], Cazot und Farre eilten nach dem letzten Minist[illegible] sogleich zu Gambetta, um von ihm Rath zu holen. [illegible] man an die noch nicht vergessenen griechischen Debatte[illegible] zurückdenkt, wird man sich erinnern, daß damals viel von einer Nebenregierung gesprochen wurde; wenn man das auffallende Verhalten der drei Minister betrachtet, so muß man sich täglich mehr überzeugen, daß neben dem amtlichen Einfluß des Präsidenten der Republik und des Premierministers noch ein anderer besteht, der auf die Entschließungen einiger Minister nicht ohne Wirkung ist. Einer der Minister soll während des Cabinetsraths ausgerufen haben: „Sind wir die Minister des Herrn Gambetta oder des Herrn Grévy!“ Auf der einen Seite steht Gambetta, der mit allem Nachdruck das Cabinet zu vollständiger Neutralität zwingen [illegible]chte, da er der Mehrheit nur dann sicher zu sein glaub[illegible], wenn das Ministerium nicht seine ganze Autorität gegen [illegible]n in die Wagschale wirft; auf der anderen steht Jules Ferry und hinter ihm Grévy — der die Listenabstimmung am liebsten mit allen Kräften bekämpfen möchte.“ Einsichtige Leute in Paris sind der Ansicht, daß eine Vermeidung der Krisis beiden Theilen nur zum Vortheil gereichen könnte.

Zu Gunsten der Boers im Transvaallande ist von einer Anzahl angesehener Personen aus politischen und literarischen Kreisen von Paris eine Adresse an ihre Freunde in England gerichtet worden, in welcher darauf hingewiesen wird, daß die Boers nicht blos aus Söhnen des alten, Frankreich verbündeten Holland, sondern auch aus Abkömmlingen der französischen, durch das Edict von Nantes vertriebenen Protestanten beständen. Zu der Brüderlichkeit des Blutes komme aber die Brüderlichkeit der Ansichten. Die Boers vertheidigten das Princip des geheiligten neuen Rechtes, des Rechtes der Bevölkerungen, selbst über sich zu bestimmen und sich keiner Herrschaft zu unterwerfen, der sie nicht zugestimmt hätten. Die Freunde in England werden aufgefordert, die englische Regierung zu befestigen und zu ermuthigen bei dem Werke der Wiederherstellung des Friedens. Unter den Unterzeichnern der Adresse befinden sich, wie schon gestern hervorgehoben, u. A. Henri Martin, Legouvé, Schölcher, Carnot und Victor Hugo. Uebrigens deuten die letzten Nachrichten aus Südafrika darauf hin, daß es schwerlich zu einer Verständigung zwischen den Boers und der englischen Regierung kommen wird. Der Präsident des Oranje-Freistaates, Brand, hat seine Dienste angeboten, im Sinne des Friedens zwischen den Kriegführenden zu vermitteln; es scheint aber sehr zweifelhaft, ob diese in zwölfter Stunde unternommenen Schritte von Erfolg begleitet sein werden.

Die irische Bewegung findet nachhaltige Unterstützung in Nordamerika; so wurden neuerdings wieder zahlreiche Meetings zur Unterstützung der irischen Landliga in den Vereinigten Staaten abgehalten. Frau Parnell, die Mutter des irischen Abgeordneten Parnell, befand sich unter den Rednern einer Versammlung in Brooklyn. In Lincoln

SLUB
Wir führen Wissen.